

## Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Februar 2015

### TOP 1(a+b)

„Eine Politik der Verantwortung für eine zukunftssichere Landwirtschaft“ – so hat Landwirtschaftsminister Dr. Hermann Onko Aeikens seine Regierungserklärung überschrieben, die er im Februar-Plenum abgeben wird. Im Anschluss an die Regierungserklärung können die Fraktionen im Rahmen einer Aussprache Stellung zu den Ausführungen des Ministers beziehen.

### Top 2

Der Landtag von Sachsen-Anhalt wählt ein neues Mitglied im Beirat bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Die Amtszeit des bisherigen Mitglieds Dr. André Gursky endete mit dem 28. Dezember 2014. CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einigten sich im Vorfeld auf Prof. Dr. Florian Steger als neuen Kandidaten.

### Top 3

Eine von Offenheit, Humanismus und Solidarität geprägte aktive Zuwanderungspolitik sollte nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE das Credo der Bundes- und Landespolitik sein. In einem entsprechenden Antrag betonen sie zudem, dass die Unterscheidung zwischen ökonomisch nützlicher und unerwünschter Migration kein positives Klima für Zuwanderung und Integration schaffe. Die verschiedenen Facetten der Zuwanderung sollen zukünftig im Zusammenhang gesehen und die Kommunen stärker unterstützt werden.

### Top 4

Eine „Ausbildungsplatzgarantie“ für alle Jugendlichen in Sachsen-Anhalt ist das Ziel eines Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Darin soll die Landesregierung aufgefordert werden, zusammen mit den Kammern und Gewerkschaften, jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu garantieren. Außerdem plädieren die Grünen für eine sozialpädagogische Ausbildungsbegleitung, die Modularisierung der Ausbildung und eine verbindliche Berufsorientierung ab der 5. Klasse.

### Top 5

Der Ausschuss für Inneres und Sport des Landtags hat sich in der Vergangenheit wiederholt mit dem Thema Gewalt im (Fußball-)Sport beschäftigt. Das Innenministerium hat außerdem einen Runden Tisch zur Thematik eingesetzt. Mit der Aussprache zu einer Großen Anfrage der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommt das Thema nun erneut auf die Tagesordnung. Dabei geht es insbesondere um rassistische, antisemitische und homophobe Tendenzen im Sport.

### Top 6

Knapp 700 Frauen und mehr als 500 Kinder haben 2013 in Sachsen-Anhalts Frauenhäusern Schutz vor körperlicher oder sexueller Gewalt gesucht. Basierend auf der Antwort zu einer Großen Anfrage der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommt es zur Aussprache über die Finanzierung und Weiterentwicklung der Frauenhausarbeit. Zudem bringt die Fraktion DIE LINKE einen Entschließungsantrag ein, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden soll, die Finanzierung der Frauenhausarbeit langfristig zu sichern. Denn bisher gibt es dazu keine gesetzliche Regelung.

#### Top 7

Wegen sinkender Gefangenenzahlen schlägt die Landesregierung vor, die Justizvollzugsanstalt (JVA) Dessau-Roßlau zu schließen und die Gefangenen auf die anderen JVAs zu verteilen. Mit der Schließung könnten laut Landesregierung ab 2016 jährlich rund 400 000 Euro eingespart werden. Allerdings muss dafür das Gesetz über die Justizvollzugsanstalten in Sachsen-Anhalt geändert werden. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf legt die Landesregierung nun vor.

#### Top 8

Die Landesregierung legt einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Justizvollzugs in Sachsen-Anhalt vor. Der Entwurf fasst alle Regelungen zum Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft zusammen und beinhaltet auch die notwendigen Regelungen für Strafgefangene mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung und für Jugendstrafgefangene mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung.

#### Top 9

Die Fraktion DIE LINKE hatte die Landesregierung Ende 2011 mit einem Antrag aufgefordert, von der Privatisierung des Landesweingutes Kloster Pforta und des Landgestüts Prussendorf Abstand zu nehmen. Mittlerweile wurde das Landgestüt in eine landeseigene GmbH umgewandelt und das Landesweingut durch die Landgesellschaft Sachsen-Anhalt übernommen. Darum empfiehlt der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten dem Landtag, den Antrag für erledigt zu erklären.

#### Top 10

Im Mai 2014 hatte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag gestellt, in dem die Landesregierung gebeten werden soll, von administrativen Eingriffen in die Strukturen von Lehre und Forschung an den Hochschulen abzusehen. Außerdem sollten die Zielvereinbarungen auf Augenhöhe beraten und abgeschlossen werden. Nach eingehender Beratung empfiehlt der Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft, den Antrag abzulehnen.

#### TOP 11

Die Fraktion DIE LINKE wollte die Landesregierung beauftragen, die gegenwärtige und die vergangene Praxis polizeilicher Ingewahrsamnahme zu überprüfen. Hintergrund ist das aktuelle Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) im Fall Oury Jalloh. Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen, darin eine erneute Beileidsbekundung und die Feststellung, dass nach dem Tod von Oury Jalloh umfangreiche Maßnahmen zur Sicherheit im polizeilichen Gewahrsam ergriffen worden seien und sich diese bewährt hätten.

#### TOP 12

Die Fraktion DIE LINKE setzte sich im Februar 2013 mit einem Antrag für Krankenhausunterricht für Kinder mit langwierigen psychischen Erkrankungen ein. Einschätzungen und Berichte des Psychriaueausschuss würden die Forderung nach der Verbesserung des unzureichenden Unterrichts in psychiatrischen Kliniken bestärken. Der Ausschuss für Bildung und Kultur empfiehlt dem Landtag, den Antrag aufgrund der Berichterstattung und Beratung im Ausschuss für erledigt zu erklären.

#### TOP 13

Um für die Theater und Orchester des Landes eine verlässliche Arbeitsgrundlage zu schaffen, wollte die Fraktion DIE LINKE im November 2013 per Antrag die Schaffung eines Moratoriums erreichen, das genügend Zeit ließe, Theater- und Orchesterverträge im Land zu

verhandeln und zu schließen. Der Ausschuss für Bildung und Kultur empfiehlt dem Landtag, den Antrag aufgrund der Berichterstattung und Beratung im Ausschuss für erledigt zu erklären.

#### TOP 14 (a+b)

(a) Cannabis bietet nach Ansicht der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vielfache medizinische Möglichkeiten zur Linderung von schwersten Krankheiten. Daher soll die Landesregierung aufgefordert werden, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Patienten per ärztlichem Attest der straffreie Anbau, Besitz und Erwerb von Cannabis ermöglicht werde und die gesetzlichen Krankenversicherungen die Kosten für Cannabis-Arzneimittel für diese Patienten regelhaft übernehmen.

(b) Mit ihrem Antrag „Cannabiskonsum entkriminalisieren – Krankheiten lindern“ will die Fraktion DIE LINKE eine Legalisierung/Regulierung des Konsums von Cannabis in medizinischer Nutzung erreichen. Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Cannabis als Medikament verkehrs- und verschreibungsfähig wird. Zudem soll die Strafverfolgungsfreigrenze von Cannabisbesitz in Sachsen-Anhalt auf 30 Gramm angehoben werden.

#### TOP 15

Durch einen Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung aufgefordert werden, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Hartz-IV-System mittelfristig durch eine bedarfsorientierte sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt wird. Laut Linke soll unter anderem die Unterschreitung des Existenzminimums durch Sanktionen ausgeschlossen werden. Darüber hinaus soll das Arbeitslosengeld II auf 500 Euro im Monat angehoben und gemäß der Steigerung der Lebenshaltungskosten angepasst werden.

#### TOP 16

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich mit einem Antrag für die Anerkennung der Aufwandsentschädigungen ehrenamtlicher Bürgermeister und Stadträte als zweckgebundene Einnahmen nach SGB II ein. Bisher werden die Aufwandsentschädigungen der Ehrenamtlichen, die unter die Grundsätze des SGB II fallen, als nicht zweckgebundene Einnahmen auf die Grundsicherung für Arbeitssuchende angerechnet, was zu einer Ungleichheit bei der Ausübung des Amtes führe.

#### TOP 17

Aufgrund des Ausscheidens des Abgeordneten Jürgen Stadelmann aus dem Landtag von Sachsen-Anhalt ist eine Neubesetzung des stellvertretenden Mitglieds im Kongress der Gemeinden und Regionen beim Europarat (KGRE) notwendig geworden. Stadelmann hatte diese Mitgliedschaft seit 2012 inne. Neues stellvertretendes Mitglied soll auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD der CDU-Abgeordnete Markus Kurze werden.

#### TOP 18

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Februar die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/innen der Landesregierung zu wenden.

#### TOP 19

Im vereinfachten Verfahren empfiehlt der Ausschuss für Bildung und Kultur einstimmig, zwei Anträge der Fraktion DIE LINKE für erledigt zu erklären. Dabei handelt es sich um die Anträge „Sozialpädagogische Fachkräfte im Rahmen des ESF-Programms „Projekte zur

Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs‘ tarifgerecht entlohnen“ und „Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket weiterführen“.

#### TOP 20

Die Fraktion DIE LINKE hat unter dem Titel „Die Entwicklung der Elternbeiträge im Bereich des Kinderförderungsgesetzes“ eine Aktuelle Debatte beantragt. Die Gemeinden, Landkreise und Träger von Kindertageseinrichtungen befinden sich laut Linke im Prozess der Umsetzung des zum 1. August 2013 in Kraft getretenen Kinderförderungsgesetzes und des novellierten Finanzausgleichsgesetzes. In diesem Zusammenhang deutet sich in einigen Kommunen eine massive Steigerung der Elternbeiträge ab. Die Aktuelle Debatte soll Gelegenheit bieten, Ursachen und Lösungsvorschläge zu diskutieren.

#### TOP 21

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt die frühzeitige Befassung und Einflussnahme der Europäischen Union in die Haushaltsplanungen der Mitgliedsländer, um solide Staatsfinanzen und einen stabilen Euro zu sichern. Um das Thema weiter zu erörtern, beantragte die CDU eine Aktuelle Debatte, die unter der Überschrift „Für eine Europäische Stabilitätskultur in Sachsen-Anhalts Interesse“ geführt wird. Sachsen-Anhalt habe mit seiner zentralen Lage, seiner Geschichte und Kultur und einer zunehmend exportorientierten Wirtschaft großes Interesse an einem starken Europa mit einer stabilen Währung. Die Aktuelle Debatte soll den Fraktionen die Gelegenheit bieten, sich zu diesem zentralen Thema zu positionieren.